

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift
Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft
Band: 151 (1985)
Heft: 7-8

Artikel: Westeuropa im strategischen Denken der Sowjetunion
Autor: Kux, Stephan
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-56456>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Westeuropa im strategischen Denken der Sowjetunion

Leutnant Stephan Kux

ERSCHLOSSEN EMDDOK

MF 29φ 1 8φ7

Es gehört zur Kunst der Strategie, sich mit «dem andern» zu beschäftigen. Wir wollen wissen, was er denkt und wie er denkt. Wir wollen vor allem auch wissen, wie er über uns denkt. In diesem Falle: Wie denkt die sowjetische Führung über Westeuropa, in das wir – geostrategisch, nicht aber staatspolitisch – eingebettet sind. Ein junger Politologe, vertraut mit den slawischen Sprachen und russischer Mentalität, erläutert die Ziele sowjetischer Westeuropa-Strategie: **Militärische Machtentfaltung, Verhinderung eines europäischen Zusammenschlusses, Konsolidierung der eigenen Herrschaft, Zugang zu westlicher Technologie und westlichen Krediten, Untergrabung der freiheitlich-pluralistischen Staaten mit Hilfe nützlicher Verbündeter.**

Traditionsbehaftetes Europabild

Sowjetische Westeuropapolitik wird fast ausschliesslich in Abhängigkeit der Grossmachtrivalität mit Washington formuliert. Der «historische Kampf» zwischen den zwei «entgegengesetzten Gesellschaftssystemen» wird letztlich durch Stärke oder Schwäche Amerikas entschieden. Westeuropa kommt derzeit die Rolle des Hauptschauplatzes, des **strategischen Schlüsselgeländes** zu. In der geopolitischen Gesamtschau des Kremls bilden die europäischen NATO-Staaten einen bedeutenden kulturellen, politischen, wirtschaftlichen und nicht zuletzt militärischen Brückenkopf der USA auf der eurasischen Landmasse. Gelingt es, diesen Brückenkopf zu zerschlagen, verschiebt sich die Korrelation der Kräfte endgültig zugunsten des Sozialismus. Die Beziehungen mit Staaten wie Frankreich oder der Bundesrepublik werden also hauptsächlich daran gemessen, ob diese eine amerikafreundliche Haltung einnehmen oder nicht. Seit jeher besitzt Westeuropa aber auch einen Eigenwert im sowjetischen Weltbild. Traditionelles Zentrum zaristischer Machtpolitik wurde der Kontinent von Marx und Engels zur «natürlichen Heimat der sozialistischen Revolution» erhoben. Den grössten Machtgewinn nach 1945 verzeichneten die sowjetischen Herrscher in Osteuropa, während in Westeuropa die «Politik der friedlichen Koexistenz» in den siebziger Jahren einen durchschlagenden Erfolg verbuchte. Die in-

dustriellen, technologischen und kulturellen Errungenschaften der Europäer werden gleichzeitig als Herausforderung und Anreiz betrachtet. Mit Besorgnis werden die westlichen Einflüsse verfolgt, die den sowjetischen Hegemonieanspruch in Osteuropa permanent in Frage stellen.

Im sowjetischen Europabild widerspiegelt sich auch die ewige Identitätsspaltung der russischen Nation, ein Staat geprägt von europäischen, slawischen und asiatischen Einflüssen, hin- und hergerissen zwischen einem kontinentaleuropäischen und einem globalpolitischen Rollenverständnis. Längerfristige strukturelle und politische Entwicklungen weisen allerdings auf eine Neuorientierung hin: Demographische Verschiebungen begünstigen die nicht-europäischen Randgebiete des Vielvölkerstaates. Den traditionellen Wirtschaftsgebieten westlich des Urals erwächst Konkurrenz in den sibirischen Industriekonglomeraten. Und auch politisch leitete Breschnews Ouvertüre gegenüber China eine Öffnung gegen Osten ein. Die verjüngte Führung unter Michail Gorbatschow wird zudem kaum noch auf eigene «traumatische Erlebnisse» während des Grossen Vaterländischen Krieges hinweisen können. Geschult in der Zeit der Indochina- und Mittelost-Konflikte werden die neuen Kremlherren Bedrohungen anderer Teile der sowjetischen Peripherie mehr Gewicht beimessen.

Unfriedliche «Politik der friedlichen Koexistenz»

Es lassen sich fünf **Hauptziele der sowjetischen Westeuropa-Strategie** erkennen:

1. Militärische Machtdemonstration zielt auf politische Willens- und Positionsveränderungen ab.
2. Der politische und militärische Zusammenschluss der Europäer soll verhindert werden.
3. Konsolidierung des sowjetischen Herrschaftsanspruchs in Osteuropa gegen westliche Einflüsse.
4. Sicherstellung des Zugriffs zu westlicher Technologie, Wissen und Kredite, um den eigenen notorischen Rückstand zu überwinden.
5. Untergrabung der pluralistischen Staaten mit Hilfe «*neuer gesellschaftlicher Kräfte*».

Dabei versteht sich die Sowjetunion selbst als Friedensmacht und warnt eindringlich vor den Folgen bewaffneter Auseinandersetzungen in Europa. Die Devise lautet: friedliche Koexistenz («*mirnoje sosuschtschestwownije*»). Trifft sich hier Ost und West im Bestreben, die gegenseitigen Beziehungen unter Anerkennung des status quo zu normalisieren, wie dies in den Verträgen der Entspannungsjahre festgelegt wurde? General Wolkogonow verneint:

«Die friedliche Koexistenz ist ein Bereich der zwischenstaatlichen Beziehungen und berührt nicht das Leben innerhalb der Staaten. Sie kann nicht die Gesetze des Klassenkampfes aufheben und führt auch nicht zu einem Abklingen des Klassenkampfes.»¹

Friedliche Koexistenz wird möglich aufgrund «der Stärkung und Geschlossenheit des sozialistischen Lagers und der militärischen Macht der Sowjetunion und ihrer Verbündeten». Der Kampf um sie wird als «*untrennbarer Bestandteil des Kampfes um den Frieden*» (d. h. gegenüber dem als prinzipiell unfriedlich angesehenen Kapitalismus) bezeichnet, der sich aus den «*objektiven gesellschaftlichen Bedingungen der Epoche des Überganges vom Kapitalismus zum Sozialismus und Kommunismus*» ergibt. Die Form des Kampfes kann wechseln, sein Ziel bleibt, «*günstige Bedingungen für den Aufbau des Sozialismus sowie den Kampf des internationalen Proletariats um die Beseitigung des Imperialismus und für die revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft*» zu schaffen.

Derartige Zitate dürfen keineswegs als bloss abstrakte Aussagen zu Fragen der Ideologie und Weltanschauung interpretiert werden. Das Nebeneinander von «*geschäftsmässigen Beziehungen*» («*delovi otnoschenija*») und «*aktiven*

Massnahmen) (*«aktivnye meroprijatija»*) ist vielmehr als Politik praktizierter Ideologie zu verstehen. Als *«aktive Massnahmen»* werden von den sowjetischen Staatssicherheitsdiensten jene offenen und verdeckten Operationen bezeichnet, die Ereignisse und Personen zugunsten der UdSSR beeinflussen sollen.²

Diese Überlegungen sollen allerdings nicht dazu verleiten, die sowjetische Westeuropa-Strategie als Teil eines konspirativen «Meisterplans» zu sehen, der mit eiserner Konsequenz Schritt um Schritt in die Tat umgesetzt wird. Das sowjetische Verhalten zeigt, dass vielmehr zufällige oder im Rahmen längerfristiger Zielsetzungen bewusst herbeigeführte Opportunitäten ausgenutzt werden. Dieses realpolitische Denken führt dazu, dass Schwachzüge, die aufgrund der ideologischen Prämissen wünschbar wären, nicht unternommen werden, weil zu hohe politische und militärische Risiken involviert sind. Im folgenden soll gezeigt werden, welche Prioritäten der Kreml in seiner Westeuropa-Politik setzt.

Streben nach «gleicher Sicherheit»

Die in der Geschichte beispiellose Aufrüstung des Warschauer Paktes in den letzten Jahren demonstriert augenscheinlich, dass Europa noch immer als Hauptschauplatz in der *«Auseinandersetzung mit dem Imperialismus»* gilt. Der sowjetischen Führung ist es gelungen, im Vorfeld des eigenen Herrschaftsbereichs regional militärische Überlegenheit zu erringen. In der Moskauer Dialektik steht dies nicht im Widerspruch mit der deklarierten Politik der friedlichen Koexistenz und des Gewaltverzichts. Dafür gibt es drei Begründungen.

Erstens kann das Streben nach überlegener Kriegsführungsfähigkeit mit traditionellen Vorstellungen privilegierter Sicherheit erklärt werden. Hier spielt der Begriff *«Gleichheit und gleiche Sicherheit»* eine bedeutende Rolle. Fälschlicherweise oft mit dem westlichen Paritätsbegriff gleichgesetzt, stellt *«gleiche Sicherheit»* das subjektive Urteil des Betroffenen in den Mittelpunkt. Ähnlich wie ihre zaristischen Vorgänger fühlen sich die Kremlherren erst sicher, wenn sie der Gesamtheit der möglichen Gegner militärisch mindestens ebenbürtig sind. Bezeichnenderweise bedeutet *«Sicherheit»* im Russischen auch *«Gefahrlosigkeit»* (*«besopasnost»*). Aufgrund dieses Sicherheitskonzepts liegt es auf der Hand, dass der Osten dem Westen in Europa kein militärisches Gleichgewicht, also kein Recht auf gleiche Sicherheit zubilligen will.

Damit erhält die sowjetische Sicherheitspolitik in jedem Fall, selbst wenn sie defensiv um den Schutz des eigenen Gebiets bemüht ist, eine offensive Komponente.

Zweitens sollen auch im Kriegsfall möglichst alle Risiken für die *«sowjetische Heimat»* ausgeschaltet werden. Militärische Überlegenheit soll erlauben, den potentiellen Angreifer auf seinem eigenen Boden zu besiegen. Im Sinne der *«Schadenbegrenzung»* werden auch Präventivschläge gegen militärische Mittel ins Auge gefasst.³ Ziel dieser Vorneverteidigung ist es, den Krieg vom Territorium der UdSSR fernzuhalten. Im Herbst 1972 schlug Aussenminister Gromyko seinem amerikanischen Gegenüber sogar vor, die beiden Weltmächte sollten sich insgeheim darauf verständigen, dass sie im Falle eines Krieges in Europa den Gebrauch von Kernwaffen auf das Gebiet ihrer Verbündeten beschränken würden.⁴

Drittens haben die Sowjets in der Vergangenheit genügend demonstriert, wie militärische Macht in politischen Einfluss umgemünzt wird. In der indirekten Strategie sucht man zwar die Hauptentscheidung mit andern Mitteln als mit dem militärischen Sieg herbeizuführen. Doch gerade die militärische Machtdemonstration wird zum tragenden Faktor dieser indirekten Strategie. Das östliche Übergewicht an Panzern und Raketen, an Flugzeugen und Kanonen erzeugt psychologischen Druck und zielt auf politische Willens- und Positionsveränderungen in Europa. Daher sucht der Warschauer Pakt kontinuierlich seine Kampfkraft zu steigern und klagt die NATO wegen jeder noch so bescheidenen Rüstungsanstrengung des provokativen Wetttrüstens an. In einer bemerkenswerten *«tour de force»* ist es der sowjetischen Propaganda im Zuge der Nachrüstungsdebatte gelungen, manchen Europäer und Amerikaner zu überzeugen, dass das damalige (und gegenwärtige) Ungleichgewicht an Mittelstreckenwaffen den Frieden herbeibringe und jegliche Gegenmassnahme zum Krieg führe. Michail Gorbatscheows jüngster, ewig alter Moratoriumsvorschlag kündigt an, dass der politische Krieg unter der neuen Führung auf der alten Linie weitergeführt wird.

Die Abkoppelung von den USA als Fernziel

Fernziel dieser Strategie ist es, einen Keil zwischen die NATO-Partner zu treiben, den geographischen Graben des Atlantiks politisch zu verbreitern. Das Strategiedefizit, die unterschied-

lichen Sicherheitsvorstellungen in der heterogenen Allianz, die oft langwierige demokratische Entscheidungsfindung und die zeitweilige Unbedarftheit der USA im Umgang mit den Juniorpartnern bieten genügend Angriffsflächen. Nikolai Portugalow, Westexperte im Zentralkomitee der KPdSU stellt dem Bündnis folgende Prognose:

«Entweder wird der unbeschränkten militärischen Herrschaft der USA ein Ende gesetzt, und die Amerikaner werden nicht mehr in der Lage sein, das Bündnis als Instrument ihrer Hegemonialstrategie auszunutzen, oder die europäischen NATO-Länder werden jegliche Unabhängigkeit in Verteidigungsfragen und folglich in beträchtlichem Masse auch in der Politik einbüssen.»⁵

Vadim Sagladin, zweiter Mann in der Abteilung für Internationale Beziehungen des ZK, nennt die Abschaffung der Militärböcke als Fernziel der sowjetischen Verhandlungspolitik in Europa.⁶ Sind die Amerikaner einmal von den Gegenküsten vertrieben und in die *«Festung Amerika»* zurückgeworfen, kann sich die Kontinentalmacht Sowjetunion in der Alten Welt einen beherrschenden Einfluss sichern.

Zur Schwächung der NATO werden die geopolitischen Gegebenheiten in Europa geschickt ausgenutzt. So schliesst die Forderung nach *«gleicher Sicherheit»* auch den Abzug sämtlicher amerikanischer Nuklearsysteme aus Westeuropa mit ein, weil diese die Sowjetunion direkt bedrohten, also *«strategischer Natur»* seien, während die UdSSR die USA nur mit Interkontinental-Waffen in Schach halten könne. Würde dieser sowjetische Standpunkt voll akzeptiert, liefe dies auf eine sicherheitspolitische Abkoppelung der transatlantischen Partner hinaus. Dazu kommen Versuche, die westlichen Positionen durch die Schaffung kernwaffenfreier Zwischengebiete und durch Rüstungsbeschränkung kontrollierte Zonen zu untergraben. Freilich, spielt diese geographische Asymmetrie einmal umgekehrt, etwa in den Wiener Truppenabbaugesprächen, lenken sowjetische Vertreter von deren Vorteilen ab: Der Warschauer Pakt verfügt für Aufmarsch, Nachschub und Kampfhandlungen über die Tiefe des Raumes, während die NATO vor dem atlantischen Graben nur ein schmales Glacis besitzt.

Die «europäische Lösung»

Eine zweite, verwandte Stossrichtung sowjetischer Westeuropa-Strategie zielt auf die Begrenzung der politischen und militärischen Integration. Sowjetische Autoren warnen insbesondere vor vier Entwicklungen: Erstens

könnte aus einer verbesserten britisch-französischen Zusammenarbeit eine «Europäische Nuklearmacht» entstehen. Zweitens wird davor gewarnt, dass die Bundesrepublik aus einer Zusammenarbeit mit Frankreich Nukleartechnologie erwerben könnte. Drittens könnte die Standardisierung der Waffenproduktion zu einer weiteren Integration der westeuropäischen Verteidigung führen. Viertens könnte das französische Beispiel Schule machen, und es könnten andere Staaten mittels Waffenlieferungen und direkter Intervention in der dritten Welt mit der Sowjetunion in Konkurrenz treten.⁷

Für die Sowjets fällt Westdeutschland die entscheidende Rolle im europäischen Mächtekonzert zu. Aus geographischen, historischen, militärischen und wirtschaftlichen Gründen verstehen sich deutsche Politiker von Strauss bis Vogel als Schrittmacher der Ostpolitik und Vermittler zwischen den Blöcken. Dabei kann sich Moskau auf die offensichtliche Unfähigkeit Bonns stützen, Westberlin zu verteidigen. Trotz zahlreicher Zusicherungen und Garantien bleibt die Stadt eine Geisel in kommunistischer Hand. Die Zweiteilung Deutschlands und der Wille, «die Substanz der Nation zu erhalten» (Willy Brandt), macht die Sowjetunion zum wichtigen «innenpolitischen» Verhandlungspartner.

Aus sowjetischer Sicht würde es, ungeachtet der Haltung der anderen westeuropäischen Regierungen, einer grundlegenden Änderung im politischen Klima in der BRD bedürfen, um die **gegenwärtige Immobilität Europas** zu überwinden: alliiert mit den USA, doch unwillig, sich mit Washington politisch abzustimmen, ausser in Fragen, die die eigene Sicherheit betreffen; bewusst der Schwächung, die eine Fragmentierung Westeuropas bringt, doch nicht bereit, effektive Integration anzustreben. Doch der Bewahrung Westeuropas als «Insel der Entspannung» in einem «Neuen Kalten Krieg» wird nicht nur in Bonn Eigenwert beigemessen. Politische und militärische Aktionen der Sowjetunion in der Dritten Welt, die indirekt auf den Westen zielen, führen kaum noch zu Reaktionen in europäischen Hauptstädten. Im Gegenteil, an Afghanistan und Polen haben sich die bisher heftigsten Spannungen in der Atlantischen Allianz entzündet. Entspannung ist teilbar geworden. Moskau ist sich bewusst, dass dies als direkter Erfolg der sowjetischen Westeuropa-Strategie bewertet werden kann.⁸ Eine «europäische Lösung» rückt in den Bereich des Möglichen: eine unabhängige westeuropäische Allianz mit antiamerikanischem Einschlag.⁹

Die sowjetische Führung realisiert, dass sie kaum Einfluss etwa auf die Süderweiterung von NATO und EG ausüben kann. Sie ist sich bewusst, dass sie ihre Politik in Europa feiner abstimmen muss, als in anderen Regionen der Welt. Ein Rückschlag in Afrika oder der islamischen Welt hätte kaum die Folgen, welche eine Stärkung der atlantischen Bindung und eine umfassende europäische Einigung haben würde.¹⁰

Immerhin ist es der Sowjetunion gelungen, in den zahlreichen bilateralen und multilateralen Verhandlungsgremien und Kommissionen, die das heutige Bild der Ost-West-Beziehungen prägen, ein «droit de regard» über die westeuropäische Politik zu sichern. Erinnerungen an Zar Nikolaus I., den «Gendarmen Europas», werden wach.

Abschottung des osteuropäischen Herrschaftsbereichs

Für die Sowjets drehte sich Entspannung nie um eine Neuordnung Europas, um eine Liberalisierung hinter dem «Eisernen Vorhang» oder gar um einen «Wandel durch Annäherung», wie sie der Ostpolitik Willy Brandts und Egon Bahrs zugrunde lag. Erst nach der brutalen Unterdrückung des «Prager Frühlings» wurden die Ostverträge mit der Bundesrepublik möglich. Die Unterzeichnung der Helsinki-Akte markierte dann die «**endgültige Anerkennung der Nachkriegsrealitäten durch realistische Kräfte im Westen**», die Existenz eines geteilten Europas also, die Legitimität der kommunistischen Regimes und die Unantastbarkeit des sowjetischen Herrschaftsbereichs.

Doch selbst nach der Unterdrückung der politischen Opposition und der Unterschlagung von vertraglich zugesicherten Verbesserungen im humanitären Bereich, bereiten westliche Einflüsse den sozialistischen Machthabern etwelche Sorgen. Die Aussicht, dass Radio- und Fernsehprogramme von BBC, Radio Freies Europa und Deutscher Welle bald über Satellit in jeden Haushalt eingespeist werden, wirkt offensichtlich bedrohlicher als die Aufstellung neuer Mittelstreckenraketen.¹¹ **Freie Informationen**, die nicht nur die materiellen Werte westlicher Gesellschaften vermitteln, sind **Sprengstoff**, weil sie die Autorität eines politisch und wirtschaftlich moribunden Systems untergraben. Die Ereignisse in Polen und die Durchsetzung der deutsch-deutschen Abgrenzungspolitik mit der Absage des Besuchs Erich Honeckers in Bonn illustrieren die sowjetischen Bemühungen, den verletzlichen eigenen Machtbereich gegenüber Westeuropa zu konsolidieren.

Osthandel und Abhängigkeit

Die vierte Zielsetzung sowjetischer Westeuropa-Politik bezieht sich auf Moskaus wirtschaftliche, insbesondere technologische und somit teilweise wiederum militärische Interessen. Auch hier zeigt sich das **Janusgesicht der Politik der friedlichen Koexistenz**: Neben dem Erwerb dringend benötigter Güter und Technologien dient der Handel mit Westeuropa der Fortsetzung der Politik mit andern Mitteln. Drei Stossrichtungen lassen sich erkennen. Hauptmotiv der Handelsstrategie ist, die westeuropäischen Regierungen enger in das Netz der Entspannung einzubinden. Aussenhandelsminister *Patolitschew* betont:

«Neben dem Vorteil der internationalen Arbeitsteilung schafft die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und Westeuropa eine Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens und stärkt so die friedlichen Beziehungen zwischen den Staaten.»¹²

Wenn einflussreiche Bankiers und Geschäftsleute von den reichen sibirischen Jagdgründen schwärmen und gleichzeitig die Ausrufung des Kriegsrechts in Polen in Sorge um ihre Kredite begrüssen, scheinen die sozialistischen Machthaber tatsächlich neue Verbündete gewonnen zu haben. Gerade der Mythos von Michail Gorbatschew als Wirtschaftsreformer soll neue Hoffnungen etwa für die darbenende westeuropäische Stahlindustrie wecken. Dabei wird von beiden Seiten verschwiegen, dass Importe bei weitem nicht die Wundermedizin für die krisengeschüttelte Planwirtschaft sind, wie sich das Breschnew und Gierek noch vorgestellt haben.

Mitte der achtziger Jahre ist die Exportstruktur der UdSSR ungünstig wie je zuvor: Energie, Rohstoffe und Waffen machen die Warenpalette nicht besonders attraktiv. Daniel Kohler rechnet dabei vor, dass der subventionierte Osthandel für den westlichen Steuerzahler eine äusserst kostspielige Sache ist: 1981 wendeten die OECD-Länder über 6 Milliarden Franken für Krediterleichterungen und Exportunterstützungen auf.¹³

Für Kritiker des Osthandels stellt die bewusste Schaffung von Abhängigkeiten etwa im Energiesektor eine weitere Form der nichtmilitärischen Bedrohung dar. Doch während die Sowjetunion die Ölwanne als Druckmittel gegenüber Osteuropa, China, Israel und Finnland eingesetzt hat, bleibt den Europäern aufgrund der geringen Liefermengen die Möglichkeit, auf andere Energiequellen zurückzugreifen oder Retorsionsmassnahmen etwa im Kre-

ditbereich einzuleiten. 1990 werden gerade 6 Prozent des Energiebedarfs Frankreichs, Italiens und der Bundesrepublik durch Ostblocklieferungen gedeckt.¹⁴ Allein der stellvertretende Aussenhandelsminister Yuri Krasnow soll Bonn 1980 gewarnt haben, dass die UdSSR «im Extremfall den Gashahn abstellen würde», falls die BRD sich den amerikanischen Sanktionen über Afghanistan anschliessen sollte.¹⁵ Lieferschwierigkeiten während der Nachrüstungsdebatte wurden dem strengen Winter und nicht politischer Beeinflussung zugerechnet. Solange sich die wirtschaftliche Situation in den sozialistischen Staaten nicht bessert, mangelt es sowjetischen Druckversuchen an Glaubwürdigkeit.

Mit einiger Genugtuung dürfte man in Moskau hingegen verfolgt haben, wie es wegen des volumenmässig vernachlässigten Ostgeschäfts zu handfesten Spannungen zwischen den atlantischen Partnern über Fragen von Wirtschaftssanktionen und Restriktionen des Technologietransfers gekommen ist. Westliche Entspannungsvorstellungen gingen davon aus, dass Handel als Anreiz und Druckmittel für östliche Konzessionsbereitschaft verwendet werden könne. Trotz der veränderten internationalen Lage halten Bonn, Paris und London an einer unveränderten Osthandelspolitik fest. Der Disput über den europäischen Beitrag an die Urengoi-Pipeline hat gezeigt, wieweit die Atlantische Allianz von einer Koordination ihrer Haltung entfernt ist, ein Umstand, den sich die östlichen Verhandlungspartner bei Vertragsabschluss zugute kommen lassen.

Die neuen Verbündeten

Mit der Niederlage der portugiesischen Kommunisten in der Nelkenrevolution dürfte die sowjetische Hoffnung auf die baldige Errichtung proletarischer Diktaturen in Westeuropa begraben worden sein. Gleichzeitig sorgt die «eurokommunistische» Ausrichtung westlicher Arbeiterparteien für Irritation und Spannung in der kommunistischen Internationalen. Doch trotz der ideologischen Entfremdung und der offenen Kritik am sowjetischen Völkermord in Afghanistan und am «real existierenden Sozialismus» Moskauer Prägung begrüssen die ZK-Oberen die antiamerikanische Speerspitze der westeuropäischen Bruderparteien. Hocharrangige Delegationen der KPdSU an den Parteikongressen demonstrieren die Erwartungen, die auf den moskaufreundlicheren Nachfolgern Enrico Berlinguers und Santiago Carillos ruhen.

Seit den siebziger Jahren gelten die «neuen gesellschaftlichen Kräfte», Grüne, Bürgeraktionen, Friedensbewegung und fortschrittliche Kirche also, als neue Verbündete. Der «Kampf gegen den Nuklearkrieg und für den Frieden» ist zur internationalistischen Hauptaufgabe geworden. Nur im «Kampf aller Friedenskräfte kann die Politik der friedlichen Koexistenz gegen die aggressiven Kreise des Imperialismus durchgesetzt werden». Der Protest der Friedensbewegung wird so zum Klassenkampf umstilisiert. Fünfzig Jahre nach der Ankündigung der Volksfront-Politik durch den Generalsekretär der Komintern, Georgi Dimitrow, sind die westeuropäischen Kommunisten wiederum aufgefordert, taktische Bündnisse mit den «neuen gesellschaftlichen Kräften» zu schliessen, ungeachtet deren politischer, ideologischer oder religiöser Ausrichtung. Sowjetische Kommentatoren drücken ihre Befriedigung darüber aus, dass diese Gruppen nicht nur «traditionell progressiv gesinnte Kräfte» erfassen, sondern auch «bisher apolitische oder bürgerliche Gesellschaftsschichten, Kirchen, Frauenbewegungen, Angehörige der Mittelklasse und sogar ehemalige hohe Militärs», die einen «entscheidenden Einfluss auf die öffentliche Meinung haben».¹⁶ Die Hoffnung wird ausgedrückt, dass diese Kräfte, in der öffentlichen Auseinandersetzung genügend radikalisiert und «vom herrschenden System entfremdet», wenn nicht revolutionäre, so doch «neutralistische, antikapitalistische und antiamerikanische Züge» annehmen.¹⁷

Die Sowjetunion hat die Friedensbewegung weder erfunden noch kann sie sie kontrollieren. Mit Lieferung von Slogans, organisatorischer und finanzieller Unterstützung, die meist über die europäischen KPs läuft, gelingt es Moskau allerdings, sie gekonnt auszubuten.

Marschall Ogarkow schreibt:

«Natürlich vermag die Anti-Kriegsbewegung für sich selbst die Probleme von Krieg und Frieden nicht zu lösen. Trotzdem kann sie den Handlungsspielraum der ungezügelteren bürgerlichen Herrscher und deren Meister massgeblich beschneiden.»¹⁸

Der sowjetischen Intransigenz an den Genfer Verhandlungstischen und der massiven Hetzkampagne gegen die NATO-Nachrüstung lag offenbar die Einsicht zugrunde, dass mit Propaganda und Druck von der Strasse bereits die Einführung der Neutronenbombe verhindert werden konnte. Diese offensichtliche Fehleinschätzung wird unter Hinweis auf längerfristige Entwicklungen übergangen. Die Friedensbewe-

gung habe einen «neuen Entwicklungsstand erreicht», befinde sich gegenwärtig in einer Übergangsphase und bilde sich zu «einem permanenten politischen Faktor», der auch weiterhin in der Lage sei, «effektiven Einfluss auf Regierungen auszuüben».¹⁹ Mit anderen Worten: Moskau wird sich auch in Zukunft, etwa in der Kampagne gegen die Strategische Verteidigungsinitiative, der organisatorischen Infrastruktur mit professionellen «Friedenskämpfern» bedienen.

Doch auch sowjetische Autoren verhehlen ihre Irritation ob der ungewöhnlichen Vielfalt und Spontaneität, der «dialektischen Unwissenschaftlichkeit», der neuen Verbündeten nicht. Berührungsängste werden offensichtlich, wenn die westdeutschen Grünen wegen ihrer Technologiefeindlichkeit angegriffen werden. Allen Ernstes wird den Umweltschützern vorgehalten, dass Kernenergie im Osten dem sozialistischen Aufbau diene, also progressiv sei, in den Händen der Kapitalisten hingegen unverantwortlich und gefährlich und deshalb zu bekämpfen sei. Sind die Kommunisten erst einmal an der Macht, tönt es anders: «Pazifistische Ideen wie die Abschaffung des Militärdienstes können nicht toleriert werden, da sonst die Verteidigungsfähigkeit und die Sicherheit der sozialistischen Staaten geschädigt würden.»²⁰

Der ehemalige Aussenminister Gromyko fügt hinzu:

«Die Frage, die immer gestellt werden muss, ist: <Wem nützt es?>. In der Politik ist es nicht so wichtig, wer bestimmte Meinungen vertritt. Wichtig ist zu wissen, wer von diesen Meinungen profitiert.»²¹

Auch wenn die Beweise für östliche Unterstützung der jüngsten Terroranschläge auf NATO-Einrichtungen unvollständig sind, bleibt die Frage: «Wem nützt es?»

Unberechenbare, unvollständige Grossmacht

Zu Besorgnis Anlass gibt der Umstand, dass die Sowjetunion eine «unvollständige Grossmacht» bleibt. Ihre kontinentale und globale Position verdankt sie fast ausschliesslich militärischer Aufrüstung und der darin implizierten Drohung. Wieweit die Erpressbarkeit der westeuropäischen Staaten geht, ist schwer abzuschätzen. Die Sowjetunion braucht Drohungen nicht explizit zu machen, falls sie europäische Politik missbilligt. Der Druck spielt sich auf der subtileren, psychologischen Ebene ab. Hunderte von SS-20, Zehntausende von T-72 sprechen – vorläufig – eine stille Sprache. Wieviel politische,

wirtschaftliche und ideologische Dividenden sie abwerfen, steht in keinem Jahresbericht. Wieviel Mitspracherecht dem Kreml eingeräumt wird, wieweit die Nötigung zur Beschwichtigungspolitik gehen kann, darüber entscheiden schliesslich die Westeuropäer selbst.

Anmerkungen

¹ «Friedliche Koexistenz», in: Sowjetische Militärenzyklopädie, Ostberlin 1981, Band 15, S. 73.

² Darüber: Richard H. Shultz, Roy Godson, *Dezinformatsia: Active Measures in Soviet Strategy*, New York 1984; Anatoli Golitsyn, *New Lies for Old: The Communist Strategy of Deception and Disinformation*, New York 1984.

³ Darüber: General A. Ewsejew, *Wojno-Istoritschesky Schurnal*, April 1984.

⁴ Nach: Henry Kissinger, *Years of Upheaval*, London 1982, S. 276–279.

⁵ In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Juni 1984, S. 690.

⁶ In: *Der Spiegel*, 10. Dezember 1984, S. 147.

⁷ Darüber: V. Michnowitsch, «Raschety i proschety», *Krasnaja Swesda*, 14. Juni 1984, S. 3; D. Projektor, «Kart-blansch pere wooruschenija», *Nowoje Wremia*, Nr. 19, 4. Mai 1984, S. 20–21; W. Kusar, «NATO Alians wo imia agressii», *Krasnaja Swesda*, 8. April 1984, S. 3.

⁸ A. I. Utkin, *Doktriny atlantisma i ewropejskaja integracija*, Moskau 1979, S. 73.

⁹ ebenda

¹⁰ Kusar, a. a. O.

¹¹ Gen. L. Korsun, *Krasnaja Swesda*, 27. November 1984, S. 3.

¹² Zitiert in: Angela Stent, «Economic Strategy», in: Edwina Moreton, Gerald Segal (Hrsg.), *Soviet Strategy Toward Western Europe*, London 1984, S. 227.

¹³ Daniel F. Kohler «Economic Cost and Benefits of Subsidizing Western Credits to the East, Rand-Report R-3129, Santa Monica 1984.

¹⁴ *Petroleum Economist*, Band L, Nr. 2 (1983), S. 51.

¹⁵ Zitiert in: Stent, a. a. O.

¹⁶ V. Orel, «Antiwojennoje dwitschenije: dostitschenija i perspektivy», *Kommunist*, Nr. 12, August 1984, S. 87–98.

¹⁷ ebenda

¹⁸ *Kommunist Wooruschennik Sil*, Nr. 21, November 1984, S. 25.

¹⁹ Orel, a. a. O.

²⁰ ebenda

²¹ *Kommunist*, Nr. 6, April 1983, S. 22. ■

Aus der Schriftenreihe ASMZ:

Peter Hauser

Disziplinarstrafordnung

Zweite Auflage, erweitert und auf den allerneuesten Stand gebracht. Das Buch schafft Klarheit im Wust der Erlasse und Vorschriften. Fr. 22.–

Bestellung an

Huber & Co AG, Presseverlag
CH-8500 Frauenfeld

Rückspiegel

Oberstenschwemme

Attraktiver und medienträchtiger konnte der Knochen nicht sein, den prominente Mitglieder der GPK der eidgenössischen Räte dem Volk zum Nagen hinwarfen. Die Dicke der Headlines erreichte an jenem Tage die der Katastrophenmeldungen von Bangladesh und aus dem Heysel-Stadion in Brüssel.

Wem nützt's? Sicher nicht der Armee, deren Lehrkörper seit Menschengedenken unterdotiert ist. Der Zulauf qualifizierter Kandidaten zu diesem anspruchsvollen, aber mit Image-Defiziten behafteten volkspädagogischen Beruf wird durch solchen Bierkeller-Jargon sicher nicht gefördert.

*

Was tun denn diese in die «Verwaltung abgeschobenen Obersten» wirklich? Sie bringen immerhin dreierlei Qualitäten mit: Menschenkenntnis, technisches Können und in der Regel auch generalstabliche Erfahrung. Das ist ein bitter notwendiger Apport. Denn in den EMD-Stäben und militärischen Bundesämtern wird die Arbeit in den Sektionen und Dienststellen in Mini-Arbeitsgruppen, oft gar im Einmannbetrieb bewältigt. Da sind umfassende und fundierte Berufskenntnisse unerlässlich, soll der Karren nicht steckenbleiben (was er ja gelegentlich tut...). Es ist schon schlimm genug, wenn die Kontinuität wegen oftmals mangelnder Stellvertretung nicht gewährleistet ist. Vielleicht machen die Mitglieder der GPK anstatt «Hearings» auch einmal Besuche vor Ort, um sich über die wahren Verhältnisse ins Bild zu setzen.

*

Die Schweizer Berufsoffiziere sind aber nicht nur Ausbilder, Erzieher und militärische Planer. Sie sind auch primäres Reservoir für höhere Kommandostellen der Armee. Es kommt also nicht nur auf ausreichende Grösse des Korps an, sondern ebenso sehr auf dessen Qualität. Diese lässt wegen dürftiger bildungsmässiger Voraussetzungen gelegentlich zu wünschen übrig. Sekundarlehrer zum Beispiel verfügen über eine solidere professionelle Basis als viele Instrukteure. Was Wunder, wenn da mitunter ein Offizier in höheren oder höchsten Rängen landet, obwohl seine Bildungsausweise sich auf Lehrabschlussprüfung und drei Seme-

ster Militärschule an der ETH beschränken. Dass da überlegene Milizkader versucht sind, ihren Karrierechefs und Mentoren die innere Gefolgschaft zu versagen, ist verständlich.

*

Übrigens avancieren die meisten Profis genau gleich wie ihre Milizkameraden zum Obersten: über ein Regimentskommando oder eine entsprechende Stabsfunktion im Heer. Die Beförderungen auf dem Schulkommandantenweg sind die Ausnahme. Wobei persönliche Verantwortung und Risikoträchtigkeit eines Schulkommandanten zweifellos grösser sind als diejenige jeder anderen Oberstenfunktion.

Wenn schon seit Jahrzehnten Missstände – quantitative und qualitative Mängel – grassieren, so muss man sich fragen: Warum haben die Politiker bis heute geschwiegen, obwohl die Vertreter des Instruktionkorps immer wieder nach Remedur gerufen haben? Und nun diese deftige Standpauke vor dem ahnungslosen und überraschten Bürger...

Es geht doch gar nicht um einige Obristen, die vielleicht besser Major geblieben oder vorzeitig aus dem Dienst ausgeschieden wären. Solches kommt auch in der zivilen Verwaltung und in grösseren privaten Unternehmungen vor.

Es geht um etwas ganz anderes: Einer verhältnismässig grossen, aber (zu) kurz ausgebildeten Milizarmee einen Lehrkörper zu verschaffen, der fähig ist, den Mannschaften eine anständige Dienstauffassung und ein einigermaßen solides handwerkliches Können zu vermitteln und die Kader so heranzubilden, dass sie später selbständig in der Lage sind, die Verbände zu führen und zu schulen. Da hapert es!

*

Die ASMZ hat in letzter Zeit mehrmals auf dieses gravierende Problem hingewiesen (ASMZ Nr. 10/1982 und Jubiläumsschrift SOG 1983). Wir werden in einem der nächsten Hefte auf diese Angelegenheit zurückkommen und konkrete Verbesserungsvorschläge skizzieren. A propos: Die inzwischen erfolgte verbale Korrektur im Nationalrat ist zwar erfreulich, ändert aber am Tatbestand noch nichts. fas